



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
Telefon (0711) 20 63-691  
Telefax (0711) 20 63-660  
boris.palmer@gruene.de  
www.boris-palmer.de

72072 TÜBINGEN  
Aixer Straße 66  
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 26. Januar 2005

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

## **Qualität in den Mittelpunkt**

**Boris Palmer: Studiengebühren dürfen nicht zum abkassieren dienen, sie müssen zur Verbesserung der Hochschulen beitragen**

Der Tübinger Landtagsabgeordnete Boris Palmer hat die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts über die fünfte Novelle des Hochschulrahmengesetzes bedauert: „Es ist bedauerlich, dass den Studierenden im Land weiterhin eine mit echten Rechten ausgestatte Vertretung vorenthalten bleibt. Aber wenn der Bund hier keine Regelung treffen darf, muss der Streit in den Ländern geführt werden.“

Palmer tritt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Zulässigkeit des bundesgesetzlichen Verbots von Studiengebühren für eine offene Debatte über verschiedene Modelle ein. Palmer: „Nach dem Spruch aus Karlsruhe sind Studiengebühren in Baden-Württemberg unter einer CDU-geführten Regierung nur noch eine Frage der Zeit. Wer jetzt noch etwas bewegen will, muss sich in die Debatte über die Ausgestaltung von Studiengebühren einmischen.“

Für Palmer muss jedes Studiengebührenmodell drei wesentliche Voraussetzungen erfüllen: „Studiengebühren dürfen nicht wie ein sozialer NC wirken, Gebühreneinnahmen müssen in vollem Umfang zusätzlich den Hochschulen zukommen und die Studierenden müssen zu umworbenen Subjekten mit Gestaltungsmacht werden.“

Die grüne Landtagsfraktion hat vor einem Jahr ein Modell so genannter Studiencredits entwickelt, das nach Palmers Auffassung den von Minister Frankenberg vorgelegten Studienkrediten weit überlegen ist. Palmer: Minister Frankenberg will den Studierenden im Prinzip ein Darlehen gewähren, das nach dem Studium zu bezahlen ist. Damit gelangt man zwar zu mehr Einnahmen, aber ansonsten verbessert sich an den Hochschulen nichts. Das grüne Modell koppelt hingegen staatliche Mittel an die Einlösung von Studiencredits durch

Studierende und bewirkt damit einen unmittelbaren Wettbewerb um Studierende durch Qualität von Forschung und Lehre.“

Über die Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichts wird auf Einladung der grünen Hochschulgruppe am Mittwoch den, 2. Februar, 20 Uhr c.t. eine prominent besetzte Runde debattieren. Mit von der Partie sind Rektor Eberhard Schaich, der Vorsitzende des Wissenschaftsausschuss Prof. Eugen Klunzinger (angefragt), die hochschulpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion Theresia Bauer, ein Vertreter der Studierenden sowie als Moderator Boris Palmer.